



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,- Mf. für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mf. Postzeitungsnummer 296. Insertionsgebühr für die Zeitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Voransbezahlung für Abonnement und Insertate ist Bedingung. Geldsendungen sind nur an den Verbandskassirer W. Herden zu richten.

Redakteur: R. Jahn, Charlottenburg, Rosinenstr. 8.

Nr. 3

Charlottenburg, den 16. Januar 1903

30. Jahrg.

## Porzellan- etc. Arbeiter und Arbeiterinnen, denkt an die im Kampfe stehenden Kollegen und Kolleginnen, entnehmt von den Zahlstellenkassirern Streikmarken!

### Bekanntmachung!

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: Berlin (Mantl, Bergmannstr. 110), Breslau (Steingutfabrik P. Giesel), Mörsheim a. M. (W. Dienst), Kronach (Ph. Rosenthal u. Co., Fil. Kronach), Neustadt bei Coburg (Porzellanfabriken Gebr. Knoch und Heber u. Co.), Regensburg (Firma Waffler) für Tellerdreher, Selb (Heinrich u. Hertel), Stadtlohnfeld (Fa. Schweizer), Stöckheim bei Guskirchen (Porzellanfabrik Helbig), Tillowitz (gräfl. Frankenberger'sche Fabrik), Niedendorf in Westf. (Fa. Gressel u. Co.).

Der Vorstand.

### Gewerkschaftsbewegung und Krise.

Für jeden praktischen Gewerkschaftler ist es eine alte Erfahrungshatsache, daß die großen Erfolge einer rührigen und geschickten Werbearbeit zunächst in die Zeiten einer so genannten wirtschaftlichen Hochkonjunktur fallen. Weder diese Behauptung noch irgend eines Beweises, dann waren es wohl gerade die letzten fetten Jahre in der reichsdeutschen Volkswirtschaft, die mit der sozialen Expansionstrafe zugleich ein mächtiges Wachsthum bei vielen Gewerkschaften brachten und deren mannigfache Erfolge auf dem Gebiete der Arbeitsverhältnisse jede solcher Annahme glänzend rechtfertigen. Die Früchte, mit denen während der Aufschwungsperiode die gewerkschaftlichen Anstrengungen belohnt wurden, sind es auch, auf die mit Recht der Berliner "Vorwärts" in einem Leitartikel über die erste große Arbeitslosen-Versammlung des vorigen Winters verwiesen konnte, wenn er die Lausende von Beschäftigungslosen ungefähr kennzeichnete: „das waren nicht mehr die Bułetarier aus früheren Zeiten mit der dumpfsmüden Resignation auf den Gesichtern, das waren zumeist Leute, denen man es ansah, daß sie die Jahre des Aufschwunges

auch sehr wohl für sich auszuüben verstanden haben“.

In der That, die Arbeiter, die bis Heute in den Gewerkschaften eingesetzt wurden, haben gelernt, wie man günstige Situationen nicht unbenutzt verstreichen läßt. Die Erfahrung ist eben zu offenkundig, daß nicht dann, wenn die Tiefe menschlichen Elends die Arbeiterschaft zu ersticken droht, der Gedanke an die Organisation und damit der Widerstand gegen die Bereitstellungstendenzen des Kapitalismus wächst, sondern daß umgekehrt jede mit dem wirtschaftlichen Aufschwung selbst verknüpfte relative Besserstellung zur lebhafteren Anteilnahme an den verzwickten Fragen der Sozialpolitik erschwert, die Hoffnung auf ein Besserwerden steigert und damit gleichzeitig der agitatorischen Kleinarbeit die Wege in die Massen ebnet. Läßt man sich von solchen Erwägungen leiten, dann verändert sich allerdings der Effekt der gewerkschaftlichen Agitation in den Zeiten eines anhaltenden wirtschaftlichen Niederganges. Die allmäßige Erschlaffung, die im industriellen Leben eintritt, entzieht unserer Agitation mancherlei nennenswerthe Voraussetzungen, da die Gelegenheit zur Eröberung gewerkschaftlicher Erfolge geringer wird und der Impuls für eine lebhafte Anteilnahme an der Fachorganisation zu mindest für eine nachläßt, die noch nicht von dem Wesen und den Aufgaben einer Gewerkschaft gehörig durchdrungen sind. Mit einem Worte, die Stellung der Gewerkschaften wird schwieriger, wenn die Zeiten für die Erringung praktischer Erfolge ungünstig werden und ein gewisses Maß von Intelligenz und Einsicht der Mitglieder voraussehen. Diese allgemeine Schwierigkeit kommt nicht allein darin zum Ausdruck, daß die Neugewinnung von indifferenten Arbeitern zumeist gänzlich stagniert, sie zeigt sich auch oft genug in einem rapiden Sinken der Mitgliederzahl, die irgend eine Berufsorganisation in den Tagen einer guten Geschäftskonjunktur aufzuweisen hatte.

Nun dürfen wir uns freilich damit trösten, daß erfahrungsgemäß jeder Wirtschaftskrisis eine abermalige Aufschwungsperiode folgt, die auch für unsere Kämpfe wieder günstige Positionen schafft. Aber abgesehen davon, daß die Hoffnung bei der Erschütterung, die gegenwärtig unser gesammtes Wirtschaftsleben durchzumachen hat, mit Rücksicht auf mancherlei gewichtige Umstände, nicht allzu optimistisch ist, kann der oben angeführte Trost auch sonst als ein recht magerer bezeichnet werden.

Wir dürfen nämlich nicht vergessen, daß die Krise eine naturgemäße Phase der kapitalistischen Entwicklung ist, die fortwährend zur ungehinderten Konzentration des Besitzes drängt. Zunächst bewirkt jede Krise ein Übertünchen zahlloser kapitalistischer Gebilde, die dem verschärften Kampf, den die Niedergangperiode mit sich bringt, nicht gewachsen sind. Aber auf Kosten der zertrümmerten Kapitalexistenzen erhebt sich die Klasse der Unternehmer, die, wenn das Wort in diesem Falle erlaubt ist, aus der Sozialauslese mit verjüngter Kraft hervorgegangen ist und die als natürlicher Feind unseren Gewerkschaften gegenübersteht. Auf diese Thatsache hat auch Parvus in seiner Schrift „Die Handelskrise und die Gewerkschaften“ hingewiesen, wenn er konstatiert, daß das Kapital unter allen Umständen nur gestärkt aus der gegenwärtigen Krise herauskommen werde. „Die kleineren und mittleren Banken gehen ein, auf ihre Kosten erobern sich die großen Bankinstitute das Feld; auf Kosten der vertrüten Aktiengesellschaften erweitern sich die bereits bestehenden kapitalistischen Kolosse.“ Kurz, die Handelskrise führt zu einer gewaltigen Konzentration des Kapitals“ („Die Handelskrise und die Gewerkschaften“ S. 45.)

Dass diese Argumentation wohl keinen Zweifel in ihrer Richtigkeit lässt, dafür bürigen schon jetzt deutliche Anzeichen. Erst kürzlich hat der Berliner "Vorwärts" auf die ungehinderte Syndikatsbildung während der wirtschaftlichen Niedergangperiode verwiesen,

indem er die Gründung des Kohleindustrials' anführt, das die Preise im Allgemeinen mit Ausdauer festgehalten und den schwersten Angriffen Trost geboten habe. Das Gleiche ist vom Koksyndikat zu sagen, während in der Eisenindustrie die Syndikatsbildung während der Krise die bedeutendsten Fortschritte gemacht habe. Die Siegerländer Eisensteinvereinigung bildete die Grundlage des Syndikatswesens in diesem Industriezweig; dann folgten die Roheisensyndikate, das Feinblechsyndikat, das Walzdrähtsyndikat und das Schienennetz. Anknüpfend an diese Entwicklungstendenzen, denen heute schon ein bedeutender Industriezweig verfallen ist, bemerkt der "Vorwärts" sehr zutreffend: "Eine neue Gefahr droht den Gewerkschaften, die in ihrer Bewegungsfreiheit durch zu mächtige Organisationen kapitalistischer Interessengruppen hart bedrängt werden können. Nach der Richtung gilt es für die Gewerkschaften die Wege frei zu halten für ihre Entwicklung. Beugen wir uns unter der Diktatur der Syndikate, dann gelangen wir zur Herrschaft des Syndikatswesens, die wirtschaftlich und politisch die Alleinherrschaft antritt".

Hier gilt es also unsere Kräfte zu sammeln für die Zukunft. Die Gewerkschaften, die während der Krise die manigfachsten Belastungsproben schon in finanzieller Hinsicht erbringen müssen, müssen auch für die Zukunft stark genug sein, die zweifellos wachsenden Gelüste des Kapitals nach Alleinherrschaft einzudämmen zu können. In welcher Form immer die Stärkung des modernen Kapitals auftritt, sie steigert die Abhängigkeit des Arbeiters und erhöht den Druck auf die Arbeitsbedingungen, und es bedarf einer wirksamen Gegenströmung, alle die verheerenden Wirkungen abzuschwächen. Die schweren Zeiten, die die wirtschaftliche Verflauung über uns gebracht hat, bedingen also zunächst eine klare Erkenntnis unter der Arbeiterschaft, die ihnen Einblick verleiht in die inneren Triebkräfte der wirtschaftlichen Entwicklung, um den Punkt, wo diese anzulangen bestimmt ist, genau und in vollen Umrissen zu erkennen. Die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften wird also wohl die sozialpolitische Schulung der Massen sein müssen, damit diese begreifen, daß jede Fahnensucht in den Zeiten, wo manchem die Erfüllung seiner Pflichten doppelt schwer wird, eine Preisgabe der vitalsten Interessen bedeutet. Der innere

Ausbau unserer Organisationen, dem wir die Gegenwart widmen, ist ein Stück Arbeit für die Zukunft, die reichlich von unserem Können fordern wird!

Fr. L.

## Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

### Erklärung.

Der Vorstand hat sich in der Sitzung vom 13. Januar mit dem Versammlungsbericht der Zahlstelle Buckau in Nr. 2 der "A." beschäftigt und erklärt die Behauptungen der Zahlstelle als haltlos, unvermeidlich und völlig aus den Fingern gesogen. Nichts anderes bedeutet die Erklärung der Zahlstelle: "es drängt sich ihr die Überzeugung auf, daß die Frage der Extrabeiträge vom Vorstand und insbesondere von den Bureaubeamten gestellt worden wäre, wenn dieselben am Beihülfefond ein wirkliches Interesse hätten und zwar dann um so mehr, wenn dieselben selbst Mitglieder des Beihülfefonds wären, und daß ferner sich den Buckauer Genossen, nach dem geringen Interesse geurtheilt, welches die Bureaubeamten bei jeder Gelegenheit an den Tag gelegt haben, die Überzeugung aufgedrängt habe, die Bureaubeamten seien überhaupt nicht Mitglieder des Beihülfefonds."

Der Vorstand weist den Vorwurf mangels Pflichtbewußtseins für seine Gesamtheit, wie für die Bureaubeamten entschieden zurück. Nur das Gegentheil der Behauptung ist erwiesenlich.

Es wird außerdem festgestellt, daß die Bemerkung des Redakteurs zu dem Bericht der Zahlstelle nicht völlig den Thatsachen entspricht. Von den Angestellten gehört der Vorsitzende dem Beihülfefond seit dem Jahre 1884 an, der Redakteur seit dem Jahre 1891, der Kassirer seit 10. November 1902 und der Hilfsbeamte Tobias seit 17. November 1902. Der Verbandschef ist überhaupt nicht aufnahmefähig. Ferner wird festgestellt, daß die Mehrheit der Vorstandsmitglieder dem Beihülfefond angehört.

Die Behauptungen der Buckauer Genossen sind um so frivoler, als sie nach den Erklärungen des Redakteurs von diesem in der öffentlichen Versammlung in Magdeburg am 6. Dezember 1902 dahin informiert worden sind, daß der Vorstand jederzeit ein lebhafte Interesse für den Beihülfefond bewiesen habe.

Der Verbandsvorstand.

Den Verbandsmitgliedern wird hiermit nahegelegt, entsprechend § 6 Ziffer 5 des Statuts nach Möglichkeit Streikmarken zu lösen. Verschiedenen Unternehmern scheint die Krise als Geißel der Arbeiterschaft nicht zu genügen und sie meinen, daß jetzt die geeignete Zeit sei, zum Arbeitsmangel den Lohndruck zu fügen, ihrem Haß gegen die Organisation der Arbeiter Nachdruck zu geben. Da mögen die Verbandsgenossen sich erinnern, daß der beste Selbstschutz die Unterstützung Anderer in deren Widerstand ist. Es ist notwendig, einer Anzahl von Unternehmern die Auffassung zu korrigieren, daß die wirtschaftliche Lage die Arbeiter zur völligen Widerstandslosigkeit verurtheile; der Einfluß, die Macht unserer Organisation hängt aber zum Theil davon ab, was sie geben kann, darum übt nach Kräften Solidarität!

Der Verbandsvorstand.

Nach folgenden Orten können die Mitglieder weder Fahrkosten noch Unterstützung erhalten (kleine Sperrre) und können nur auf eigenes Risiko Stellung dort nehmen, weil die betreffenden Firmen Verbandsmitglieder boykottieren:

Alexandrinenthal, Althaldensleben (außer W. Gercke, C. Schulz, Bauermeister), Bonn (Mehlem), Frankfurt a. O. (Baetsch), Garsitz, Gersweiler, Gräfenroda (Heene, Heßner, Eckert u. Menz), Kamenz (O. Vogt), Königszelt, Kranichfeld, Ilmenau (Wicht u. Co.), Langewiesen, Mannheim-Käferthal (Rheinische Porzellanfabrik M. Stern), Meuselwitz i. S.-A., Oschatz, Passau, Roßbach, Rheinsberg, Roschütz b. Gera, Rudolstadt (Schäfer u. Vater), Schala, Stanowitz, Seegerhall, Suhl, Sörnewitz, Schweidnitz (Krause), Scheibe, Thale (Eisenwerk), Triptis.

Sofern Mitglieder in obigen Geschäften arbeiten und der Ansicht sind, daß die Firmeninhaber nichts mehr gegen die Verbandszugehörigkeit einzuwenden haben, so sollte man versuchen, eine schriftliche Erklärung hierüber zu erlangen, damit der betreffende Ort in obiger Liste gestrichen werden kann.

Der Vorstand.

Folgende Zahlstellen sind noch mit Monatsberichten rückständig und werden um schleunige Einsendung derselben ersucht:

minister die Erlaubnis für eine Frau aus einem normannischen Fischerdorf, sich an Bord einer Fischerschiff als Mitglied der Schiffsmannschaft einzuschiffen. Diese Erlaubnis war, wie berichtet wurde, die 63., die von dem Marineminister während des vergangenen Jahres unterzeichnet wurde. An der bretonischen Küste verdienten im Ganzen gegen 3000 Frauen ihren Lebensunterhalt auf diese Weise. Jede muß eine offizielle Erlaubnis haben, ehe sie ihren gefährlichen und beschwerlichen Beruf annimmt; dann aber nimmt sie in Bezug auf den Lohn und die Arbeit dieselbe Stelle wie ihre Gefährten ein. Nur in einer sehr wichtigen Hinsicht steht sie unter ihren männlichen Mitarbeitern; sie erhält ein zweites offizielles Dokument, in dem ihr ausdrücklich verboten ist, jemals nach der begehrten Stellung eines Kapitäns eines kleinen Kaufahrers zu streben. In Norwegen, Schweden und Finnland schiffen sich Frauen häufig als Matrosen ein, ohne daß Einwendungen gemacht werden, und sie leisten Vorzügliches, während in Dänemark viele Frauen vom Staate als Piloten gebraucht werden. In ihren kleinen Booten gehen sie weit in die See hinaus ankommenden Schiffen entgegen, dann kehren sie über Bord, und

### Feuilleton.

#### Der Arbeitermann.

Bon Richard Dehmel.

Wir haben ein Bett, wir haben ein Kind,  
Mein Weib!  
Wir haben auch Arbeit, und zwar zu zweit,  
Und haben die Sonne und Regen und Wind,  
Und uns fehlt nur eine Kleinigkeit,  
Um so frei zu sein, wie die Vögel sind:  
Nur Zeit!

Wenn wir Sonntags durch die Felder geh'n,  
Mein Kind,  
Und über den Lehnen weit und breit  
Das blaue Schwalbenvolk blitzen seh'n,  
D, dann fehlt uns nur das bischen Kleid,  
Um so schön zu sein, wie die Vögel sind:  
Nur Zeit!

Nur Zeit! Wir wittern Gewitterwind,  
Wir Volk.  
Nur eine kleine Ewigkeit;  
Uns fehlt ja nichts, mein Weib, mein Kind,  
Als all das, was durch uns gedeht,  
Um so froh zu sein, wie die Vögel sind:  
Nur Zeit!

**Frauenarbeit.** Als wir das erste Mal davon hörten, daß Frauen in unserem Berufe auch Arbeiten an der Drehscheibe verrichten, waren wir doch etwas sehr verwundert. Mit der Zeit allerdings legte sich die Verwunderung; heute sind die Arbeitshände der Frauen genau so geschickt, wie die der Männer, ja noch mehr, denn sie sind billiger und tatsächlich werden die weiblichen Arbeiter trotzdem in vielen Fällen dieselbe Arbeit leisten. Die Arbeit eines Matrosen ist sicher keine leichte und wird oft durch Sturm und Wetter beeinträchtigt. Aber auch hier kommt die Frau mit, wie aus folgender Schilderung, die wir in Tagesblättern fanden, hervorgeht:

**Frauen als Seeleute.** In Bristol wurde vor einiger Zeit zu allgemeiner Überraschung entdeckt, daß ein junges Mädchen sich von dort immer als gemeiner Matrose einschiffte. Es ist jedoch keine so große Seltenheit, daß Frauen zur See gehen. Etwa um dieselbe Zeit kam der österreichische Dampfer "Zara" von Alexandrette in Philadelphia mit einer "Bemannung" von türkischen Frauen an, die nach der Aussage des Kapitäns vorzügliche Matrosen waren. Erst in den letzten Wochen unterzeichnete der französische Marine-

Für Oktober: Althaldensleben, Breitenbach, Coburg, Darmstadt, Döbeln, Elberfeld, Frankfurt a. O., Gräfenthal, Hermsdorf, Höhr, Klosterneuburg, Manebach, Markt- leuthen, Rudolstadt, Saargemünd, Sizendorf, Stadtlengsfeld, Tettau, Begegnet.

Für November: Adorf, Albersweiler, Althaldensleben, Annaburg, Breitenbach, Burggrub, Coburg, Darmstadt, Elberfeld, Frankfurt a. O., Gräfenthal, Hermsdorf, Hirschberg, Klosterneuburg, Lauf, Manebach, Mannheim, Marktleuthen, Meuselbach, Ohdruf, Reichenbach, Rudolstadt, Saargemünd, Schwelm, Sizendorf, Stadtlengsfeld, Suhl, Tettau, Untermauer, Begegnet, Wiesau, Wilda.

Für Dezember: Albersweiler, Althaldensleben, Berlin-Moabit, Breitenbach, Burggrub, Coburg, Darmstadt, Elberfeld, Frankfurt a. O., Fürstenberg a. O., Geringswalde, Gräfenthal, Hermsdorf, Hirschberg, Hohenberg, Hüttensteinach, Kainitz, Katzhütte, Klosterneuburg, Kolmar, Köppelsdorf, Kronach, Küps, Langewiesen, Lauf, Lettin, Manebach, Marktleuthen, Meißen, Meuselbach, Mitterteich, München, Neuhaus, Neustadt, Nymphenburg, Potschappel, Probstzella, Rehau, Reichenbach, Röda, Rudolstadt, Saargemünd, Schramberg, Schwarza, Schwelm, Sizendorf, Sorau, Stadtlengsfeld, Suhl, Tettau, Uhlstädt, Untermauer, Unterpörlitz, Begegnet, Waldenburg, Weiden, Weißwasser, Wiesau, Zell.

Der Verbands-Vorsitzende.

#### 36. Vorstandssitzung vom 16. 12. 1902.

Entschuldigt fehlen Dade und Welzel.  
Zuschriften von Fürstenberg a. W., Krönach und Magdeburg sind mit Kenntnisnahme erledigt. Ein Bericht von Breslau wird vorläufig zur Kenntnis genommen und Stellungnahme hierzu bis nach Eingang des gewerbegerichtlichen Urheils vertagt. Eine Zuschrift von Stadtlinie giebt Veranlassung entsprechende Verhaltungsmaßregeln zu geben. — Dem Mitglied 6288 Selb wird Rechtschutz bewilligt. — Vom Vorstand des österreichischen Porzellanarbeiter-Verbandes ist der Entwurf des Gegenseitigkeits-Bertrages, auf Grundlage der Beschlüsse der Vorstände beider Verbände beruhend, eingegangen und wird mit einigen Änderungen, welche unserem früheren Beschluss entsprechen, angenommen; hierauf wird in der Gesamt-Abstimmung der Vertrag im Ganzen ange-

nachdem sie ihr offizielles Diplom gezeigt haben, steuern sie das Schiff geschickt in den Häfen. Alle Mädchen auf der Insel Hinna bei Rhodus sind, wie eine Londoner Revue berichtet, lühne und geschickte Seeleute und überdies vorzügliche Taucher. Sie müssen zur See gehen, wenn sie nach dem Ehestand streben, denn sie dürfen erst dann heirathen, wenn sie wenigstens 3 Seereisen mitgemacht und eine besondere Art Schwämme aus einer bestimmten Tiefe mitgebracht haben. Die Bewohner der Insel leben nämlich alle von der Schwammfischerei. Auch in Santa Barbara giebt es eine Kolonie weiblicher Seeleute, darunter 13 Schwestern, die die Töchter einer Mutter sind. Letztere ist niemals zur See gewesen, aber seit 31 Jahren bewacht sie den dortigen Leuchtturm, und während dieser langen Zeit ist sie jeden Abend zum Thurm hinaufgestiegen und hat Nächts das Feuer bewacht. Jetzt ist sie sehr alt und schwach; aber sie weigert sich hartnäckig, ihre Stellung aufzugeben. „Meine Töchter,“ sagt die alte Frau, „haben einen sehr gefährlichen Beruf. An mir ist es, die Gefahr so weit als möglich dadurch zu vermindern, daß ich, so lange wie ich lebe, das Leuchtfieber brennend erhalte.“ In Yokohama halten die meisten eingeborenen Wirthäuser von Logir- und Posthäusern weibliche Mannschaften zum Einschiffen auf Rüstdampfern, wenn es an

nommen. — Der Wortlaut der im Organ zu veröffentlichten Bekanntmachung der allgemeinen Mitglieder-Abstimmung für den Beihilfesond, sowie deren Begründung, wird nach der Vorlage angenommen. — Dem Mitglied 11577 Neuhaldensleben wird für noch 4 Wochen Unterstützung bewilligt. — Unterstützung für Mitglied 10120 wird abgelehnt, so lange nicht der Nachweis über ausreichende Bemühungen um Arbeit erbracht ist. — Den Mitgliedern des Textilarbeiter-Verbandes in Begegnet, welche in unserem Verband übergetreten, wird die im anderen Verband zurückgelegte Karrenzeit voll angerechnet; einem Mitgliede, welches dem Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hülfearbeiter seit 50 Wochen angehört, wird die volle Karrenzeit ebenfalls angerechnet, mit der Maßgabe, daß derselbe im Falle einer Arbeitslosigkeit in der 8. Stufe anspruchsberechtigt wäre. Einigen Mitgliedern, welche sich früher gegen die Interessen des Verbandes vergangen haben, wird je ein Jahr Straf-Karrenzeit auferlegt. — Der neu gewählte Vorsitzende der Zahlstelle Köppelsdorf, welcher sich gegen seine Wahl wendet, wird mit seiner Angelegenheit an die Zahlstellen-Versammlung verwiesen. — Büssler und Kleur Mittelerteich, Pieters Albersweiler, und A. Lößel Ahlen werden mit je 2jähriger Straf-Karrenzeit in den Verband aufgenommen. — Die Aufnahmegerüste der Maler D. Lößel und Steffen in Ahlen werden abgelehnt, jedoch soll diesen beiden anheimestellt bleiben, sich eventl. später wieder zu melden und würde der Vorstand in eine Verhandlung darüber nur dann eintreten, wenn die Zahlstellen-Versammlung deren Aufnahme auf das Wärmste empfehlen kann. — Das Mitglied 402 Altwasser soll aufgefordert werden, nachdem dasselbe die Weisungen des Verbandskasslers unbeachtet gelassen, den Betrag von 5 Mt. umgehend portofrei an die Verbandskasse einzusenden.

G. Wollmann,  
Vorsitzender.

J. Schneidler,  
Schriftführer.

#### 37. Vorstandssitzung vom 30. 12. 1902.

Von Breslau wird das gewerbegerichtliche Urtheil in der Klagesache des Mitgliedes 81076 gegen die Breslauer Steingutfabrik G. m. b. H. zur Kenntnis genommen. Aus demselben geht hervor, daß von einer Belästigung des Unternehmers durch das Mitglied keine Rede sein kann. Beschlossen wird, der Zahlstelle zu empfehlen, durch eine Kommission, unter Hinweis auf das Urtheil, nochmals vorstellig zu werden, um die Wiedereinstellung des Mitgliedes zu bewirken. Weiterer Bericht wird abgewartet. — Von Kronach beantragter Miethauschluß wird abgelehnt, in Bezug auf den Stand der Aussperrung soll entsprechende Anfrage bei der Verwaltung erfolgen. — Dem Mitglied 12020 Schney wird nachträglich der Zuschuß zur Unterstützung nach § 1 Abs. 5 II. R. bewilligt. — Vom Vorstand des österreichischen Porzellanarbeiter-Verbandes ist Mittheilung eingegangen, wonach der Gegenseitigkeits-Bertrag in der

neueren Fassung definitiv angenommen wurde. — Der Zahlstelle Tirschenreuth werden 5 Mt. über die von der Zahlstellen-Versammlung nach § 20 Ziffer 6 St. bewilligte Summe für Anschaffung eines Bibliotheksschranks bewilligt. — Von Magdeburg wird die Wiederaufnahme des Dreher Georg Ries wiederholt beantragt und auf das Wärmste empfohlen. Ries wurde s. St. in Staffel vom Verband ausgeschlossen, weil derselbe einen Kollegen, welcher sich an der politischen Bewegung beteiligte, deswegen und als Ausländer der Behörde demunzirte. Der Vorstand ist nach den wiederholten Aufnahmegerüsten nicht mehr abgeneigt, der Aufnahme stattzugeben. Das Statut sieht für solche Fälle besondere Aufnahmeverbedingungen nicht vor. Jedoch in Rücksicht auf verschiedene Faktoren hält der Vorstand es für nothwendig, der Aufnahme nur unter der Bedingung einer 2jährigen Straf-Karrenzeit seine Zustimmung zu geben. Es falle könnte bei ganz vorzüglicher Führung des Betreffenden als Mitglied nach Ablauf von einem Jahre Straf-Karrenzeit eine Verkürzung derselben erfolgen. Sofern R. mit diesen Bedingungen einverstanden ist, könnte dem Aufnahmegerüste entsprochen werden. — Ein Antrag der Zahlstelle Sonderhausen, den erfolgten Ausschluß des Dreher Kümmerling aufzuheben, wird abgelehnt. — Die beantragte Wiedereinsetzung in die alten Rechte des Malers Nödekrummen wird abgelehnt, derselbe könnte nur als neues Mitglied mit 2jähriger Straf-Karrenzeit Aufnahme finden. — Die Zahlstelle Neuhaldensleben, resp. der Schriftführer derselben, beschwert sich über den Verbandschriftführer wegen eines scharfen Ausdrucks in der Korrespondenz. Der Vorstand monirt, daß der Verbandschriftführer die Angelegenheit selbstständig behandelt hat, anstatt dieselbe der Entscheidung des Gesamt-Vorstandes zu überlassen; hält aber im Übrigen dafür, daß die Schreibweise des Verbands-schriftführers lediglich der vom Zahlstellschriftführer gewählten entspricht. — Auf Antrag des Verbandskasslers wird beschlossen, ein Depot des Beihilfesond über 4000 Mt. zu verkaufen. Der Bericht des Verbandsvorstandes über dessen letzte Agitationstreise wird zur Kenntnis genommen und die weitere Diskussion hierüber bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Bethülfesond: Die Aufnahme des Mitgliedes 12615 Hüttensteinach wird, dem ungünstigen ärztlichen Attest zufolge, abgelehnt.

G. Wollmann,

J. Schneidler,  
Schriftführer.

#### 38. Vorstandssitzung vom 6. Januar 1903.

Vor Eintritt in die Tages-Ordnung giebt der Vorsitzende zur Kenntnis, daß die Erben Bey am 3. Januar vom Landgericht I Berlin wegen versuchten Betruges, verübt in der bekannten Vermögensaffäre, bestraft worden sind und zwar die Witwe Bey zu 2 Wochen, ihr ältester Sohn Hugo Bey zu 6 Monaten Gefängniß.

Von Breslau wird berichtet, daß der wiederholte Versuch, die Wiedereinstellung des entlassenen

Mannschaften fehlt. Sie gehen nicht in die Tafelung, sollen aber für jede andere Arbeit, sogar für die Heizung und als Kohlenträger vorzüglich sein. In ihrer freien Zeit am Ufer nehmen sie häufig einen Kohlenkontrakt, und sind in dieser schweren Arbeit sogar den Männern überlegen. Es giebt aber auch viele Beispiele, daß Frauen allein Schiffe geführt haben, wenn sie durch den Druck der Verhältnisse dazu gezwungen waren. Ein typischer Fall dafür ist der der Brigantine „Moorburg“, die im Herbst des Jahres 1877 auf einer Reise von China nach Australien von der Cholera betroffen wurde. Nur die Frau des Kapitäns entging der Krankheit, und sie wurde noch dadurch gehemmt, daß sie einen Säugling zu nähren und zu warten hatte. Trotzdem steuerte sie das Schiff nach Brisbane, was eine Reise von 7 Wochen Dauer bedeutet; und während sie die Arbeit der ganzen Mannschaft verrichtete, pflegte sie in ihren freien Augenblicken auch noch die Kranken.

**Der Bienenzüchter.** Ein Bienenzüchter, der die Bodenbretter der Stöcke von altem Gemüll säuberte, wurde von den Bienen angegriffen und übel zugerichtet. „Un dankbare Geschöpfe,“ rief er, „warum steckt Ihr mich? Bin ich nicht Euer Wohlthäter? Die schönen Strohörbe, in denen Ihr nistet und haut,

wer hat sie für Euch geflochten? — Ich! — Den besten Standort suchte ich für die Stöcke aus, vor jedem rauhen Luftzug und vor den brennenden Sonnenstrahlen seit Ihr geschützt. Findet Ihr im Garten und in der nächsten Umgebung keine Blumen mehr, die Honigtau spenden, bringt ich Euch nach einer Gegend, die blumenreicher ist. Noch ehe Ihr aufsteht, stehe ich auf und fange Eure Todfeinde, die Wespen und Hornissen, weg, die so gern Honig schleckten und Euch deshalb überfallen und tödten. Wird es Winter, weise ich Euch in meinem eigenen Hause einen geschützten, trockenen Platz an. Thäte ich es nicht, müßte Ihr elend erfrieren! Mit dem Blüthenstaube, den ich von den Riefern sammele, mit Honig und Zucker füttere ich Euch, findet Ihr im Freien keine Nahrung. Wie ein Vater sorge ich für Euch, und das ist nun mein Dank!“

„Doch, warum thust Du es?“ entgegnete eine der Bienen. „Die besten, honigreichsten Waben schneidest Du aus den Stöcken heraus, verwendest sie für Dich oder verkaufst dieselben. Zu fortgesetzter Arbeit zwingst Du uns dadurch; und wie wenig gibst Du uns von dem Honig ab, den wir mühsam bereiten? Nur gerade soviel, daß wir nicht verhungern! Du bist schlimmer, als die Wespen und Hornissen, Eigennütziger! Menne Dich nicht unsern Wohlthäter!“

Mitglied 31 076 zu erwirken, an dem Verhalten des Unternehmers gescheitert ist. Gleichzeitig wird lebhaft Klage geführt über horrende Defektabzüge bei den Drehern und Formern. Den Mitgliedern sollen Verhaltungsmaßregeln gegeben werden; die beantragte Delegation eines Vorstandsvertreters wird abgelehnt. Beschlossen wird über die Firma „Breslauer Steingutfabrik“ die Vollsperrre wieder zu verhängen. — Ein Situationsbericht von Kroonach wird zur Kenntnis genommen, mit dem Vorschlag der Ausgesperrten, zwecks Abahnung von Unterhandlungen noch einmal beim Unternehmer vorstellig zu werden, erklärt sich der Vorstand einverstanden. Der beantragte Mittagszusatz für Mitglied 30 202 wird abgelehnt. — Ein Bericht von Albrecht Müller ist mit Kenntnisnahme vorläufig erledigt. — Nach Bericht von Sonderhausen ist sämtlichen Drehern und zum Theil auch dem Gießerpersonal gekündigt worden, angeblich wegen Aufgabe der bisherigen Produktion und Einführung eines neuen Fabrikationszweiges (Stanzartikel). Bezuglich eines Antrages auf Rechtschutz wird empfohlen, zunächst einen juristischen Rath einzuhören. — Von Arnburg wird mitgetheilt, daß anscheinend der Konkurs bevorsteht; seit 3 Wochen haben die dort Beschäftigten schon keinen Lohn mehr erhalten. Auf Anfrage, was demgegenüber geschehen soll, wird den Mitgliedern empfohlen, einen Rechtsanwalt mit Wahrung ihrer Ansprüche zu betrauen. — Eine Buschrift von Neustadt wird erledigt; Unterstützung wird für weitere zwei Wochen bewilligt. — Dem Mitgliede 18 840 Oberhausen wird abgelehnt. — Ein Aufruf des Textilarbeiter-Verbandes zur Unterstützung der streikenden Weber in Meerane findet aus verschiedenen Umständen keine Beachtigung. — Die Diskussion über die Reiseberichte wird fortgesetzt und spinnt sich zu einer Debatte über Agitation im Allgemeinen fort. Die geringe Thätigkeit, welche seitens einzelner Agitationsbezirke entfaltet wird, sowie die meist recht geringe Beachtung der vom Vorstand veranstalteten mündlichen Agitation, wird lebhaft kritisiert. Im Anschluß an diese Debatte wird noch der Bericht des Redakteurs über dessen in Magdeburg abgehaltene Versammlung zur Kenntnis genommen.

G. Wollmann,  
Vorsitzender.

J. Schneidler,  
Schriftführer.

## Aus unserem Berufe.

— **Mühselig.** In Nr. 49 der A. vom vorigen Jahre haben wir ziemlich eingehend unter der Rubrik „Aus unserem Berufe“ über die Thatsache geschrieben, daß die Direktion der Steingutfabrik Breslau endlich ihren Arbeitern eine Erklärung abgegeben hat, wonach sie nichts gegen die Zugehörigkeit zur Berufsorganisation unternehmen will. Der Vorstand hatte auf diese Erklärung hin, die bislang über diese Fabrik verhängt gewesene Sperre aufgehoben. Ohne einen großen Siegesjubel anzustimmen, gaben wir doch unserer Freude Ausdruck, daß es dem Geschlossensein der Arbeiter gelungen war, die Direktion der Breslauer Steingutfabrik zum Verzicht auf ihren Kampf gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter zu bewegen. Und mit glaubten, daß, wenn einmal diese unverständliche Aversion gegen die Handhabung eines gesetzlichen Rechtes behoben ist, daß dann in allen anderen Fragen im Arbeitsverhältnisse leichter eine Verständigung zwischen Geschäftsleitung und Arbeiterpersonal zu finden wäre.

Es ist nun wieder anders geworden... Wenn man die Gewerbegerichts-Verhandlung liest, welche wir nach dem Breslauer Parteiblatt der heutigen Nummer unter „Soziales“ einverlebt, könnte man auf den Gedanken kommen, daß die Fabrikleitung es mit der Abgabe der fraglichen Erklärung, nichts gegen die Verbandszugehörigkeit zu thun, nicht so ganz genau genommen hat, wir wollen aber zugeben, daß es mit dem Arbeiter Czrosche früher, das heißt vor Abgabe der betreffenden Erklärung, in der aus dem Bericht hervorgehenden Art abgemacht war. Die neueren Vorkommissen aber, und zwar

besonders die Entlassung des Drehers N. wegen seiner Verbandszugehörigkeit lassen deutlich erkennen, daß die Fabrikleitung der Breslauer Steingutfabrik in ihrer Aversion gegen organisierte Arbeiter einen bedauerlichen Rückfall bekommen hat. Und das Alles anscheinend deswegen, weil die Arbeiter sich gegen Arbeitsverhältnisse, worunter besonders die außergewöhnlich hohen Defektabzüge eine Rolle spielen, wandten.

Wir haben schriftliche Unterlagen über die neuesten Vorkommissen in Breslau von der dortigen Zahlstellen-Berwaltung nicht in Händen und sind auf das angewiesen, was wir in der Vorstandssitzung aus den Berichten an den Vorstand hören. Von Mittheilungen, welche Mitglieder über die Köpfe der Zahlstellen-Berwaltungsmitglieder an uns machen, wollen wir aber bei dem Ernst der Situation keinen Gebrauch machen, wir müssen deshalb darauf verzichten, heute Näheres über die Zustände in der Fabrik zu veröffentlichen.

Es genügt aber die Mittheilung von der Berwaltung an den Vorstand, daß am Sonnabend, den 10. Januar wieder ein Dreher wegen Verbandszugehörigkeit gekündigt worden ist und es ist dadurch das bestätigt, was dem Vorstand schon vorige Woche mitgetheilt und ihn in seiner Sitzung beschäftigt hat, resp. auf Grund dessen die Sperre wieder verhängt worden ist.

Die Fabrikleitung will anscheinend durchaus immer nur mit den Arbeitern in Unzufrieden leben, sie will den jedenfalls sehr berechtigten Wünschen derselben nach Abstellung von Missständen diverser Art unter keinen Umständen Rechnung tragen. Sie wird der Ansicht sein, daß unorganisierte Elemente sich ihren Anordnungen, auch wenn diese noch so drückend für die Arbeiter sind, williger fügen als Organisierte und deswegen versucht sie wieder das Koalitionsrecht für die in ihrer Fabrik beschäftigten Berufsgenossen auszumerzen. Deswegen ist nun wieder als Antwort die Sperre verhängt worden, und es liegt an den Berufsgenossen Deutschlands und Österreichs, dieselbe genau zu beachten.

Mögen die Arbeiter der Steingutfabrik geschlossen gegen diesen rückfälligen Angriff auf ihr Koalitionsrecht Front machen oder mag die Firma die vermeintlichen Schürer und Heizer einen nach dem anderen aufs Pfaster werfen, in beiden Fällen ist es Ehrenpflicht der Berufsgenossen, die Gesuche der Firma nach Ersatzkräften vollständig zu ignorieren. Wenn nicht etwa wieder die Fabrik vor einem unangenehmen geschäftlichen Ereignis steht, wie es schon der Fall war und wobei manchmal so ein bisschen „Arbeiterkrieg“ gern als Deckmantel benutzt wird, so dürfte dem Zusammenhalten der Arbeiter gegenüber diesmal die Geschäftsführung doch zu einer endgültigen Erklärung veranlaßt werden, daß es zur Moral und guten Sitte gehört, dem Arbeiter sein gesetzlich gewährleistetes Koalitionsrecht nicht anzutasten.

— **Neustadt b. Cob.**, 5. Januar. Große Enttäuschung wurde am vergangenen Sonnabend den ausgesperrten Porzellanarbeitern der beiden hiesigen Fabriken bereitet. Als sie sich zur gewohnten Stunde im Bergschlößchen versammelten, um ihre Unterstützungselder aus dem Verband entgegenzunehmen, wurde ihnen erklärt, daß die Zahlungen von nun an eingestellt seien und sie — die Arbeiter — sich nach anderweiter Arbeit umsehen möchten. Wie es heißt, sollen die Quellen verliegt sein.

Also schreibt ein „Thüringer Blättchen“, was uns eingeschickt wurde und wir zweifeln nicht daran, daß solche Notiz nun im ganzen thüringischen Blätterwald die Runde macht.

Wenn das Wahrheit wäre, daß die Quellen des Verbandes verliegt wären, dann würden am Ende die Leser dieser bürgerlichen Blätter, allen voran die Epigonen der berühmten „Dorfzeitung“ dafür sorgen, daß die Opfer kapitalistischer Willkür, die ausgesperrten Porzellanarbeiter Neustadts (deswegen ausgesperrt, weil sie sich beruflich organisierten) nicht verhungern. Vorläufig brauchen aber diese Philister noch nicht in ihre Taschen zu greifen und es sei zur Aufklärung bemerkt, daß allerdings an dem bewußten Sonnabend das nötige Geld in Neustadt nicht eingetroffen war, deswegen, weil es eben mit der Abhebung von einem Kleingeld von der Reichsbank sich um einen Tag verzögert hatte.

— **Porzellanfabrik Stokholm** sucht wieder einmal recht dringlich Arbeiter, zwei Inserate finden wir in der „Keram. Mundschau“. Es ist diese Fabrik seitens des Vorstandes gesperrt worden, weil die Arbeitsverhältnisse dort außerordentlich mißliche sind und weil es vorgekommen, daß den Arbeitern ihr verdienter Lohn nicht ausgezahlt wurde resp. Klage auf Zahlung des Lohnes erhoben werden mußte. Da die Sperre noch besteht, wir auch nichts darüber vernommen haben, ob etwa die pekuniären Verhältnisse, sowie die Aminosität gegen Verbandsmitglieder sich bei dem Besitzer dortiger Porzellanfabrik zum Besseren geändert haben, so ersuchen wir unsere Mitglieder im eigenen Interesse, die Sperre gut zu beachten.

— Das „Altmarkische Intelligenz- und Leseblatt“ Nr. 302 wurde uns von einem Genossen zugesandt und finden wir darin folgende Notiz:

Bei dem in Rudolstadt am Bache wohnenden Porzellanformer Gustav Jakobi — der Name verdient ausdrücklich genannt zu werden — erschien vor Kurzem ein reisender Handwerksbursche. Er gab ihm eine Kleinigkeit und riet dem Reisenden, sich von der Polizeiwache noch die Verpflegung zu holen. Der „Kunde“ folgte dem Rath, ging auf die Wache und fand dort zu seinem Erstaunen seinen „Wohlthäter“ schon vor. Es folgte nun eine Anzeige und anschließend daran eine Verurtheilung des reisenden Arbeiters zu 8 Tagen Haft wegen Bettelns.“

Bemerkt sei zu dieser Notiz, daß der „Kunde“ nicht in der Wohnung des J. vorsprach, sondern das die Sache sich in einer Restauration in der Ludwigstr. abspielte, wie uns von Rudolstadt mitgetheilt wurde.

Es ist begreiflich, daß, wie der Einsender, sich auch alle unsere Berufsgenossen darüber empören, daß ein Porzellanarbeiter sich gegen einen reisenden Arbeiter in dieser Weise benehmen konnte. — In einer der letzten Vorstandssitzungen haben wir nun vernommen, daß die Berwaltung der Zahlstelle Rudolstadt, welcher p. Jakobi als Mitglied angehörte, Bericht über diese Angelegenheit dem Vorstand gegeben und auf Grund der Handlungsweise des J. den Ausschluß desselben vom Verbande beantragt und welchem Antrag der Vorstand stattgegeben hat. Die Berwaltung habe den p. Jakobi zu ihrer Sitzung am 14. 12. v. J. geladen, um sich event. gegen die Anschuldigungen zu verteidigen. Er erschien aber nicht und sandte der Berwaltung einen Brief zu, worin er die gegen ihn gerichteten Beschuldigungen als „bodenlose und aller Begründung entbehrende Verlämzung“ bezeichnet und am Schlusse des Briefes sich äußert „alle andere Auskunft ertheilt die Polizeibehörde“.

Wie ein Verbandsmitglied darauf verzichten kann, sich in einer eigens dazu anberaumten Sitzung gegen angebliche Beschuldigungen zu verteidigen und schließlich

arauf hinweist, daß die Polizei Auskunft siebt, kann man nicht verstehen, und zu vundern braucht sich J. nicht, wenn Niemand daran zweifelt, daß er es gewesen ist, der den Handwerksburschen den Judasrath gegeben, bzw. Anzeige erstattet hat. Wie erbärmlich muß sich oft solch ein reisender Arbeiter, im Winter besonders, durchs Leben schlagen und wie oft drücken vielleicht die Polizeiorgane die Augen zu und wollen nicht sehen, wenn jemand solchem armen Teufel eine Gabe giebt. Und hier giebt ein organisierte Arbeiter dem Reisenden eine Unterstützung, geht aber flugs zur Polizei und zeigt ihn an! Es sind schon des Desteren Mitglieder wegen Verstoßes gegen § 5 Abs. 3 unseres Statutes vom Verbande ausgeschlossen worden, bei keinem mag aber die Nothwendigkeit so vorgelegen haben, wegen des ganz außerordentlichen Grundes, als wie bei diesem.

— **Dividenden an Arbeiter.** Wenn von Dividenden die Rede ist, denkt man immer nur an Aktionäre, die solche je mehr, je lieber, einstreichen. Doch die Akt.-Ges. Porzellanfabrik Kahla zahlt auch Dividenden an ihre Arbeiter und zwar zu Weihnachten, so daß die Bezeichnung Gratifikation wohl richtiger sein dürfte.

Die „Alleng. Volkszeit.“ läßt sich hierzu aus Kahla folgendes schreiben:

„Kahla. Noch in keinem Jahre hat man so wenig gehört über die Vertheilung der Dividende an die Arbeiter der Porzellanfabrik Aktiengesellschaft hier, wie in diesem. Jedesmal waren die Blätter und Blättchen des Lobes voll über die Freigebigkeit der Direktion rc. Es hat jedesmal einige schwungvolle Reden gegeben, Extrawürste sozusagen an die besseren Verdienster u. s. f. Von alledem diesmal nichts! Die Gelder kamen an, wurden den Auszahlern überwiesen und diese gaben beim Lohnzahlen den Betrag der Weihnachtdividende, auch Gratifikation genannt, mit aus. Damit wäre vielleicht erkannt, daß es eigentlich verdienter Lohn ist. Nur schade, daß, wenn man von Seiten der Fabrikleitung dies zugestehen wollte, einzelne Arbeiter, die das Unglück hatten, vor der großen Auszahlung entlassen zu werden, diesen Ausfall tragen müssten, resp. nichts bekommen haben, trotz aller Bemühungen um dieselbe. Die Möglichkeit besteht auch, daß die Arbeiter nicht mehr mit schönen Reden beglückt worden sind, weil für die Herren Aktionäre nur 25 p.C. herausgerechnet werden konnten. Es mag ja sehr bedauerlich sein, daß es nicht mehr ist, aber die Arbeiter tragen dabei keine Schuld, so daß eigentlich keine Ursache vorhanden war, sie um die salbungsvollen Reden zu bringen. Vielleicht wird es in diesem Jahre 1903 besser damit! —“

— **Vom Selber Verband.** Die Nummern 5. und 6 der „Mittheilungen“ liegen uns nun vor. Es ist zwar wenig allgemein interessirendes darin enthalten. Immerhin wollen wir, wie bisher, das Wenige unseren Lesern zugänglich machen.

Es dürften die Neuauflnahmen in dieser Sonderorganisation besonders interessiren; nicht etwa deswegen, als wenn wir neidisch darauf wären, o, nein, aber wir halten die Aufführung dieser Aufnahmen für nöthig, damit unsere Zahlstellenkassirer orientirt sind. Es ist öfter schon der Fall gewesen, daß Beauftragten sowohl im Berliner, als auch im Selber Verband Mitglied waren oder doch versucht haben, die Doppelmitgliedschaft einzugehen. Die Gründe dafür liegen auf der Hand.

Aufgenommen wurden (wir nehmen sämt-

liche Aufnahmen aus Nr. 5 und 6 gleich zusammen): Gustav Schneider, Frankfurt a. O.; Michael Neber, Tirschenreuth; Christian Gebhardt, Selb-Hutzenreuther; Johann Mauel, Stephan Wiatrowsky, Rob. Bär, Franz Krachl, Georg Bernau, sämtlich Dreher in Breslau; Josef Neber, Tirschenreuth; Christian Nöder, Tirschenreuth; Heinrich Haufe, Maler, Eisenberg; Friedrich Braun, Frankfurt a. O.; Albert Röschel, Waldenburg; Paul Diesteldorf, Maler, Eisenberg; Christian Schödel, Adolf Pohl, Gustav Künzel, Mich. Schrögel, Johann Fischbach, Aug. Moser, sämtlich Selb-Bahnhof; Gottfried Köhler, Triptis; Ernst Diez, Maler, Neuhaldeinsleben; Otto Herkt, Wilhelm Thiemann, Albert Hunoldt, August Mehling, sämtlich Althaldeinsleben; Adam Lippert, Maler, Selb-Bahnhof.

Gestorben sind von den Mitgliedern des Selber Verbandes: Zeit Wunder, Küps; Joh. Thanhäuser, Sorgau; Friedr. Achziger, Selb-Hutzenreuther; Ernst Geigenmüller, Selb-Hutzenreuter.

Die Mitgliederzahl bezieht sich nach dem Abschluß in Nr. 5 auf 321, in jenem der Nr. 6 auf 318 Mitglieder. Trotzdem sich das Verbandsvermögen im letzten Quartal um Mk. 160,87 vermehrt hat, beträgt es doch nur Mk. 1760,14; es kommt auf den Kopf Mk. 5,53 Kassenanteil.

— **Aus der österreichischen Berufsorganisation.** Gesperrt ist die Braungeschirrfabrik Johann Muck in Braun. Ebenso stehen die Porzellanarbeiter Brünn's mit den Unternehmern in Unterhandlung und ist für die Maler über alle keramischen Betriebe Brünn's die Sperre verhängt worden. — Das Organ des österreichischen Porzellanarbeiter-Verbandes veröffentlicht in seiner Nummer vom diesem Jahre ebenfalls den in voriger Nummer der „A.“ veröffentlichten Gegenseitigkeitsvertrag, und ist nur zu wünschen, daß alle jene Mitglieder, die in die Lage kommen, von einem Land in das andere verschlagen zu werden, die Bestimmungen des Vertrages recht genau beachten und einhalten. In ihrem und auch der Verwaltungsbeamten Interesse. — Neben Merkelsgrün'ner Verhältnisse berichtet der „Porzellanarbeiter“ und zwar ganz eigenartiges. Nahe der Merkelsgrüner Fabrik befindet sich das kleine Gebirgsdorf Ullersgrün. Wegen Uebernahme resp. Nichtübernahme eines neuen Verbindungsweges geriet die Gemeindevertretung dieses Ortes mit der Fabrikleitung in Streit; was geschieht? um die Gemeindevertretung zur Uebernahme des bewußten Weges zu zwingen, wurden alle in der Merkelsgrüner Fabrik beschäftigten, aber in Ullersgrün ansässigen Arbeiter gefündigt. Die Gemeinde gab nach, die Kündigung wurde zurückgenommen. — Mit Zwang scheint diese Fabrikleitung überhaupt gerne zu operieren; so besteht eine Fabrikfeuerwehr, zu der alle in der Fabrik und im Ort wohnenden Arbeiter gehören — müssen. Es gibt da Strafen für den, der nicht zur Wehrversammlung kommt, ob das Wachreglement ebenso wie in Waldenburg, überhaupt die ganze Feuerarmee so stramm organisirt ist als dort, wer weiß? Die Waldenburger Fabrikfeuerwehr soll ja mustergültig sein! Wir haben zwar lange nichts gewiss darüber gehört, nur hörten wir von einem Gericht, wonach jetzt nicht nur 40 Pf. pro Kopf und Wache, sondern 1,40 Mt. bezahlt würde. — Doch wir sind ja in Merkelsgrün, also: zu Weihnachten haben die dortigen Porzellaner etwas zum Präsent erhalten, was in einigen deutschen Fabriken allerdings schon etwas altes ist, sie haben nämlich die sogenannte „Hundemarke“ erhalten. Ein Kollege weigerte sich, sich solcher

Kontrolle als „freier“ Arbeiter zu unterwerfen und war der Ansicht, daß solche Neuerung auch eine Neuerung im Arbeitsvertrag bedeutet, er wurde einfach ohne Kündigung entlassen. Der „Porzellanarbeiter“ nennt Merkelsgrün die „Idylle“ des Erzgebirges, in diesem Falle natürlich ironisch. — Die Abstimmung über die Besetzung des Redakteurpostens für den „Porzellanarbeiter“ durch Gen. & ral ergab 928 Stimmen für, 5 dagegen, 9 enthalten.

## Soziales, Gewerkschaftliches etc.

— **Kampf um das Nothilferecht.** In voriger Nummer brachten wir unter dieser Rubrik einiges und gaben am Schluss der Hoffnung Ausdruck, daß die Staatsanwaltschaft die Begründung einer Anzeige gegen den Unternehmer Rechlaff, durch den Rechtsanwalt Dr. Heinemann, gelten lassen und die Maßnahmen des Rechlaff als Expressung bestrafen lassen würde. Wir halten daran noch fest, auch wenn ein Gewerbegesetz neuerdings zu einem Urtheil gekommen ist, das dem Empfinden der Arbeiterschaft entgegensteht.

Die Breslauer Steingutfabrik ist es, die die Veranlassung gegeben hat, daß das Gewerbegesetz Breslau zu urtheilen hatte. Die „Volkswacht“ bezeichnet das Urtheil als rückwärtig und wir müssen uns dem nur anschließen. Die „Volkswacht“ berichtet über den Sachverhalt:

„Der ungelerte Arbeiter Groschke wurde vor Kurzem in der Breslauer Steingutfabrik (Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht) zur Arbeit angenommen. Nachdem er dort etwa 8 Tage beschäftigt war, wurde ihm seitens der Geschäftsverwaltung ein Stevers zur Unterschrift vorgelegt, wonach er sich verpflichten mußte, bei Strafe der Entlassung nicht in den Berliner Porzellanarbeiterverband einzutreten. Groschke sah sich in die Zwangslage versetzt, entweder die Unterschrift zu leisten, oder sein Kanzel zu schnüren und weiter zu wandern. Denn zweifellos würde ihm der Stuhl vor die Thüre gesetzt werden. Er unterschrieb und so durfte er bleiben. Es stieß ihm jedoch Bedenken auf ob der Rechtmäßigkeit des Vertrags, und er fasste den Entschluß, doch Mitglied des Verbandes zu werden, um der Vortheile desselben heilhaftig zu werden. Er trat dem Verbande bei und damit war sein Schicksal in der Breslauer Steingutfabrik besiegt. Die Strafe für dieses ruchlose Vergehen folgte auf dem Fuße. Als Herr Dr. Giesel, der Director der Fabrik, hier von erfahr, defretierte dieser arbeiterfreundliche Herr die sofortige Entlassung des Nebenhäters wegen „Vertragshandels“. Groschke glaubte zuversichtlich, das Gewerbegesetz werde nicht dulden, daß ein gewerblicher Arbeiter wegen seiner Verbandsangehörigkeit aus der Arbeit entlassen wird und den Vertrag als rechtswidrig ansehen. Von dieser Hoffnung bestellt, klagte der Arbeiter auf Zahlung einer Entschädigung von 30 Mark wegen Nichteinhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist. Groschke hat sich in dieser Annahme bitter getäuscht, das Gewerbegesetz hat zu Gunsten des Arbeitgebers entschieden. Die Berufung des Klägers auf die gesetzliche Gewährleistung des Vereinigungsrechts, die der Arbeitgeber nicht aufheben konnte, hatte nicht den mindesten Erfolg. Zwar, so begründet der Vorsitzende, Professor Dr. Mertens, das abweisende Urtheil, sei das Vergehen des Beklagten vom moralischen Standpunkte aus betrachtet, nicht ganz einwandfrei, das Gericht aber habe nur die rechtliche Seite zu prüfen und da sei das Gericht zu der Ansicht gelangt, daß es

nicht unstatthaft sein kann, derartige Vereinbarungen zu treffen. In Konsequenz dieses Standpunktes könne das Gericht den Vertrag, dem sich der Kläger durch Unterschrift unterworfen, nicht als "ungesetzlich" ansehen. Die Entlassung sei gewiß im Interesse eines besser zu erzielenden Arbeitsverhältnisses erfolgt."

Weiter schreibt das Blatt:

"Wir haben das Urtheil ein rückschrittliches genannt — und das mit vollem Recht. Verträge, die über den Rahmen des Arbeitsverhältnisses hinausgehen, wie es hier der Fall ist, sind durchaus gesetzlich unzulässig. Das Bürgerliche Gesetzbuch § 123 besagt: „Wer zur Abgabe einer Willenserklärung widerrechtlich durch Drohung bestimmt worden ist, kann die Erklärung anfechten.“ Die Drohung besteht im vorliegenden Falle darin, daß der Arbeiter bei Strafe der Entlassung angehalten wurde, die Unterschrift zu geben. Zur Gültigkeit eines Arbeitsvertrages gehört vor Allem, daß Willenserklärung und Wille im Einklang stehen, daß der Wille frei und ernstlich geäußert wurde. Dies Erfordernis fehlt bei Anwendung der Drohung. Gesetzlich unzulässig sind alle Verträge, welche gegen die guten Sitten verstößen. Wenn ein Arbeitgeber einen Arbeiter nur unter der Bedingung einstellen will, daß er sich an keine Vereinigung anschließen darf, die die Verbesserung der Lage ihrer Mitglieder anstrebt, so verstößt dies gegen die guten Sitten und alle derartigen Abmachungen sind ohne Weiteres nichtig und kein Arbeiter ist an solche Vereinbarungen gebunden."

Dem können wir uns vollinhaltlich anschließen. Wenn nun auch gegen dieses Urtheil eine Berufung nicht zulässig ist und die Breslauer Steingutfabrik "Sieger" geblieben ist, so bedeutet doch die Bemerkung im Urtheil, daß vom moralischen Standpunkte aus das Vorgehen der Fabrikdirektion nicht ganz einwandsfrei sei, auch eine kleine Niederlage derselben. Der Herr Dr. Giesel ist anscheinend sehr feinfühlig, wie aus dem Gewerbegechtsstreit hervorgeht, von dem wir in Nr. 1 der „A.“ Notiz nahmen und da mag obiger Vorwurf doch sitzen.

— Als Pendant zu der Rudolstädter Angelegenheit, wo ein Porzellanarbeiter einen "Kunden" zu Ruhetagen eigener Art verhalf, kann folgendes aus der „Holzarbeiterzeitg.“ dienen:

Pastorenfrau und Handwerksburschen. Zwei Mitglieder des Holzarbeiterverbandes tippeln als reisende Handwerksburschen von Hamburg nach Hannover. Leider sind sie noch nicht reiseunterstützungsberechtigt. In mehreren kleineren Orten waren keine Herbergen und die beiden deshalb gezwungen, in den Gasthäusern zu essen und dafür die teuren Preise zu bezahlen. Ihr "Draht" war infolge dessen auf die Neige gegangen. Ihnen blieb also nichts Anderes übrig, wollten sie nicht draußen ihr Nachtlager ausschlagen, ihr Nachlogsgeld noch aufzusparen, und bei nicht armen Leuten um etwas Essen vorzusprechen. Gedacht, gelhan. Sie treten in ein Haus, an dessen Thüreingang steht: „Gott segne Deinen Eingang und Deinen Ausgang.“ Sie wurden an anderen Merkzeichen gewahr, daß sie sich im Hause des Pastors befanden. Die Frau Pastorin lud die beiden jungen Leute in das Zimmer und schickte sich an, ihnen ein warmes Mittagbrot zu besorgen, wie sie sagte. Sie klappert denn auch in der Küche mit Herdringen und Tellern. Nach dreiviertelstündigem Warten tritt der Herr Gensdarm herein und auch die Frau Pastorin mit — zwei Butterbroden und dem Bemerk zu dem Gensdarm: „Na, Sie erlauben doch, Herr Gensdarm?“ Dieser

sagte darauf: „Bitte schön!“ damit wollte sie den beiden das Brod überreichen, und bemerkte dann zu dem Gensdarm: „Na, hat es sich mit dem Anderen geregelt?“ Nachdem der Gensdarm dies bejahte, führte er die beiden durch die „gesegnete Ausgangsthür“ ins Gefängniß, woselbst sie fünf Tage in Haft blieben. Auf dem Wege dorthin hat der Gensdarm den beiden „Bettlern“ gesagt, daß die Frau Pastorin ihn habe holen lassen!! Wie wohl der Gatte der Frau Pastorin über sie denken mag, wenn er auf der Kanzel von dem Judas Ischariol predigt, der seinen Herrn und Meister für 30 Silberlinge verrathen hat? Ob ihm dann nicht der Gedanke kommt, daß seine Chöhlfte es schon um zwei Butterbrode gehabt hat, und daß er einen gleichen Judas wie jenen, der den Heiland ans Kreuz lieferte, in seinem eigenen Hause hat, nur mit dem Unterschiede, daß es sich hier nicht um eine Kreuzigung auf Golgatha, sondern um fünf Tage Haft in einem preußischen Gefängniß handelt?

— Der Metallarbeiterverband ist im Besitz eines eigenen Heimes in Stuttgart. Nachdem bereits seit März 1902 die den Verwaltungszwecken dienenden Räume bezogen sind, ist nun auch die „Metallarbeiterzeitung“ in den in der Rötestr. 16 b liegenden Bau mit Sack und Pack (Redaktion, Expedition, Druckerei) eingezogen. Früher erschien die Zeitung in Nürnberg. Die Mitgliederzahl des Verbandes beträgt 120 000. Die „Metallarbeiterzeitung“ wird in einer Auflage von 131 000 hergestellt. — Die Steinärbeiter hatten bisher das Vertrauensmännerystem, dasselbe ist jetzt aufgelöst worden und bildet die Gewerkschaft seit 1. Januar d. J. den Zentralverband der Steinärbeiter, Sitz in Leipzig. — Die „Deutsche Bergarbeiterzeitung“ kam mit Stolz verzeihnen, daß ihre Auflage, die noch Anfang 1902 39 000 betrug, jetzt 50 000 überschritten hat.

— Die Unterstützungsklasse für Gewerkschaftsbeamte ist mit dem 1. Januar 1903 in Kraft getreten. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat beschlossen, die von ihr besoldeten Beamten zum Beitreitt zu verpflichten und gemäß dem Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses die Hälfte der Beiträge zu bezahlen. In der Begründung wurde angeführt, daß die Generalkommission mit gutem Beispiel vorangehen müsse.

— Der Weberstreit in Meerane ist nach nunmehr vierteljähriger Dauer beendet worden. Es ist eine Einigung zu Stande gekommen, bei der, wenn auch nicht viel, für die Arbeiter immerhin etwas Günstiges herausgekommen ist. Ein Tarif wurde angenommen, nach welchem die Löhne in den Betrieben, die am schlechtesten zahlten, um 40 p.C. erhöht werden. Maßregelungen aus Anlaß des Streikes sollen nicht stattfinden.

Über das Ende des Meeraner Weberstreites wird dem „Vorwärts“ noch geschrieben: Mit allen gegen 11 Stimmen beschlossen die Streikenden am Sonnabendnachmittag in drei Versammlungen, die Arbeit am Montag früh 8 Uhr aufzunehmen. Am Sonnabendmittag waren die Friedensbedingungen auf dem Rathause von den Vertretern der beiden Parteien unterschrieben worden. Der von den Arbeitern vorgelegte Lohntarif wurde im wesentlichen von den Fabrikanten anerkannt. Alle Streikenden werden wieder eingestellt. Die Fabrikanten verpflichteten sich, nicht eher fremde Arbeiter einzustellen, als bis alle Streikenden in Arbeit stehen. Um in Zukunft ernsteren Differenzen nach Möglichkeit vorzu-

beugen, ist folgendes Abkommen getroffen worden: Alle Fragen über den vereinbarten Lohntarif und solche von allgemeinem Interesse, sofern dieselben nicht von den Arbeitern mit ihren Arbeitgebern erledigt werden können, sind einer siebengliedrigen Kommission, welche aus einemratsmitglied als unparteiischem Vorsitzenden, drei Arbeitern und drei Stuhlwirbern besteht, zu Anbahnung eines Ausgleichs zu überweisen.

Wenn auch die Streikenden nicht alle Forderungen im vollen Umfange durchdringen konnten, haben sie doch einen bedeutenden Erfolg errungen. Der von nun an geltende Lohntarif hat für manche Arbeiten Zulagen von über 30—40 Prozent im Gefolge. Höhere wie im neuen Tarif festgesetzte Lohnsätze, die bisher in einigen Betrieben gezahlt wurden, dürfen nicht gekürzt werden. Die Organisation der Arbeiter ist, trotzdem die Unternehmer lange Zeit dazu durchhalten nicht verstehen wollten, anerkannt worden. Es sind nur ganz wenige Aussändige Streikbrechern geworden. Die Ruhe und Besonnenheit der Streikenden war musterhaft. Trotzdem zweitausend Personen 13 Wochen lang streikten, ist keine Verhaftung vorgenommen worden und das Gericht wird in keinem Falle etwas zu thun bekommen. Die städtischen Behörden befleißigten sich allerdings auch einer anerkennenswerthen Objektivität, und der Bürgermeister Wirthgen bemühte sich immer wieder um eine Beilegung des Streiks und hat auch beim Zustandekommen der Friedensbedingungen eifrig mitgewirkt. Der Streik wird sicher auch die Arbeitsverhältnisse in der erzgebirgischen und vogtländischen Textilindustrie in günstigem Einfluß sein.

\* \* \*

Hier nach ist der Erfolg der Streikenden noch größer, als wir nach den spärlichen Nachrichten, die uns am Sonnabend vorlagen annehmen konnten. Vor allen Dingen fällt der moralische Erfolg der Streikenden in Gewicht. Die Unternehmer und ihre Presseorgane haben noch bis zum letzten Tage des Streikes laut in alle Welt hinausgeschrieen, daß sie keine Lohnerhöhungen bewilligen können, weil sonst die Meeraner Textilindustrie der auswärtigen Konkurrenz erliegen müsse. Diese Behauptung ist bekanntlich nicht von den Arbeitern, sondern auch von einer einsichtigen Fabrikanten öffentlich als unwahr bezeichnet worden, der dafür von der Unternehmerpresse heftig angegriffen wurde. Sie haben die Fabrikanten durch die Bewilligung von Lohnerhöhungen — mögen sie auch nie die Höhe des ursprünglich Geforderten erreichen — selbst bewiesen, daß es nur ihre Hartnäckigkeit zuzuschreiben ist, wenn früher jede Lohnerhöhung ablehnten und dadurch den Streik in die Länge zogen. Auch von der Organisation der Arbeiter wollten die Fabrikanten nichts wissen. Die Leiter derselben wurden beschuldigt, den Streik in frivoler Weise angezettelt und mit ihren jämmerlichen Löhnen zufriedene Arbeiter aufgehetzt zu haben. Schließlich hat man sich aber doch herbeilassen müssen den Vorsitzenden des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Genossen Hübsch, zu den Vergleichsverhandlungen heranzuziehen, unter der Mitwirkung dieses „Haupthebels“ ist denn auch der Friede zu stande gekommen. Waren die Fabrikanten schon früher einsichtig gewesen, mit der Organisation der Arbeiter zu verhandeln, dann hätten sie den Frieden schon längst haben können. Jetzt ist nicht nur die Organisation anerkannt, sondern man hat auch eine Kommission,

r organisierte Arbeiter betheiligt sind, ein-  
geht, um künftige Differenzen gütlich zu  
bedingen. Diese Anerkennung der Arbeiter-  
organisation in aller Form ist vielleicht der  
stärkste Erfolg des heldenmütigen Kampfes,  
der schon um dieses Erfolges willen nicht  
gerächtig geführt worden ist.

— Ein Schlag gegen das englische  
Arbeitswesen. In der Klage der  
Taff Vale Railway Company gegen den  
Arbeitsverein „Vereiniger Verband der  
Eisenbahnbiediensteten“ auf Schadenersatz von  
1000 Pfund Sterling (540 000 Mk.) wegen  
ungeblicher Verabredung der Mitglieder des  
Verbandes zum Ausstand, welcher im  
August 1900 bei der genannten Eisenbahn  
trat, hat das Gericht am Freitag eine für  
die Klägerin günstige Entscheidung gefällt.  
aber den Verlauf der Affäre entnehmen wir  
nun ausführlichen Bericht des „Vorwärts“  
im Folgendes:

Auf der Eisenbahnlinie des Taff Vale  
(Taff-Thals) in Wales brach im Monat  
August 1900 ein Streik aus, an dem unge-  
hr 1300 Arbeiter beteiligt waren. Die  
Eisenbahn-Angestellten dieser Linie sind  
ganisiert in der Railway Servants Union,  
ihren Generalsekretär Mr. Richard Bell  
gleichzeitig den Wahlkreis Derby im Parlament  
tritt. Die unmittelbare Ursache des Streiks  
war die Maßregelung eines Signalwächters  
Mr. Ewington, der sich durch gewerkschaft-  
lichen Eifer auszeichnete und für seine  
Organisation thätig war. Mr. Ewington  
wurde versetzt, und zwar auf einen besser-  
zahlteten Posten, wo ihm aber die Gelegen-  
heit zu gewerkschaftlicher Thätigkeit genommen  
wurde, denn der Posten war ziemlich isoliert.  
Um gewerkschaftlichen Standpunkt war dies  
eine Zweifel eine Maßregelung. Ewington  
hinterließ die ihm angebotene Beförderung ab  
und wollte in seiner alten Stellung bleiben.  
Die Gesellschaft berief sich auf die bekannte  
rolle, daß sie „Herr im Hause“ ist, und  
stellte Ewington vor die Alternative der  
Entlassung. Daraufhin brach der Streik  
aus; bei einer Anzahl von Arbeitern, die  
eine 14-tägige Kündigung eizureichen hatte,  
bedeutete der Streik einen Kontraktbruch.  
Der Streik wurde mit allen Mitteln durch-  
geführt, die ganze Bahnlinie mit Streikposten  
besetzt, die den Verkehr völlig zum Stillstand  
brachten und auch die Arbeitswilligen zwangen,  
dem Streik anzuschließen. Die Bahngesellschaft — im Bewußtsein ihres Herren-  
jums — wandte sich an den Richter um  
einen Einhaltsbefehl gegen die Streikposten.  
Richter Farwell kam ihrem Ansuchen nach  
und sprach gleichzeitig den Grundsatz aus,  
daß die Gesellschaft kooperativ für die  
Zuwiderhandlungen verantwortlich ist. Mit  
der Unmöglichkeit des energischen Streik-  
postenstehens brach der Ausstand bald zu-  
ammen. Die Gewerkschaft der Eisenbahn-  
arbeiter appellirte an die zweite Instanz, die  
das Urtheil Farwells umstieß und die alte  
Praxis der Streikposten wieder gestattete. Nun  
wandte sich die Bahngesellschaft an die Lord-  
richter. Am 22. Juli 1902 stellten diese  
das Urtheil Farwells wieder her, das hier-  
urch für alle Instanzen rechtsbindend wurde.  
noch mehr: es ist einem Gesetz gleich zu-  
gebracht bis es durch ein vom Parlament  
genommenes neues Gesetz beseitigt wird.  
Mit diesem Urtheil in der Hand reichte nun  
die Bahngesellschaft die Entschädigungsfrage  
gegen die Gesellschaft ein. Die Kläger be-  
haupteten, die Angestellten hätten sich in  
wütiger Weise verschworen, die Gesellschaft  
zu schädigen. Im englischen Gewerkschafts-  
recht spielt die Verschwörung dieselbe Rolle,  
wie in Deutschland die Erpressung. Dieses

Ziel wäre ferner durch ungesehliche Mittel:  
Kontraktbruch und gewaltthätiges Streikposten-  
stehen erreicht worden. Die Geschworenen  
fanden die hier behaupteten Gesetzwidrigkeiten  
gegeben und verurteilten, wie schon mitge-  
theilt, die Gesellschaft zur Zahlung einer  
Entschädigung von 540 000 Mk., wozu noch  
cirka 150 000 Mk. Prozeßosten kommen.  
Die verurteilte Gesellschaft ist vorläufig  
entflohen, Berufung einzulegen. Es ist  
indes sicher, daß das gefallte Urtheil bestätigt  
wird.

— Wirtschaftliche Rundschau. Das Wirtschaftsjahr 1902 schließt im Allgemeinen ungünstiger  
als das Jahr 1901. Zwar haben die Katastrophen,  
die vor Allem die Jahreswende 1900/1901 kennzeichnen, ihr Ende erreicht; aber das ist ein schwacher  
Trost, denn kein Wirtschaftsorganismus würde  
jemals eine endlose Häufung von Katastrophen über-  
haupt aushalten können. Dafür sitzt die Krankheit  
um so tiefer und zäher in allen Gliedern fest und  
sie hat an internationaler Ausbreitung zweifellos in  
den letzten Monaten gewonnen.

Von ausschlaggebender Bedeutung ist hierbei  
vor Allem, daß die Vereinigten Staaten in  
von Amerika gleichfalls von der rückgängigen Be-  
wegung immer stärker erfaßt worden sind. Ihr an-  
dauernder Aufschwung öffnete dem europäischen Export  
nochmals ein sehr willkommenes Ventil; während  
man sonst die Ausfuhrmöglichkeit mit oft geradezu  
widersinnigen Preisermäßigungen erlaufen mußte,  
blieb jenseits des Atlantischen Oceans noch immer  
ein ansehnliches Absatzgebiet mit verhältnismäßig  
günstigem Preisstand geöffnet. In erster Linie zog  
die europäische Eisenindustrie, nicht nur Englands  
und Deutschlands, sondern selbst Russlands, daraus  
direkt und indirekt Nutzen. Jeder britische Umschlag  
in Amerika droht nicht nur dieses Abzugsventil zu  
sperrn, sondern ermöglicht unter Umständen auch  
die Rückkehr jener Industriewaren nach Europa,  
die vor ein paar Jahren eine ganze Literatur über  
die „amerikanische Gefahr“ plötzlich emporkwachsen  
ließen.

Das Ende der aufsteigenden Konjunktur kam in  
den Vereinigten Staaten zunächst in einer Geldmarkt-  
und Börsenkrisis zum Ausdruck. Aber dahinter  
lauert, wie gewöhnlich, eine Abschwächung der Aus-  
sichten der Produktion und des Waarenabsatzes. Das  
Börsenpublikum folgte den Trustgründern und Pro-  
jektentnehmern nicht weiter, weil man die Periode der  
„unbegrenzten Möglichkeiten“ für erschöpft hielt.  
Wollt man die drohenden Wetterwolken am Horizont  
nicht länger unbeachtet lassen können, verweigerten  
und beschränkten die überlasteten Banken den Finanz-  
strategen die bisher gewährten Kredite und gaben  
damit wider Willen das Signal zu immer neuen  
Liquidations- und Zwangsverkäufen, die zeitweise  
zu einer heftigen Börsen- und Finanzpanik führten  
und am schwarzen Freitag (12. Dezember) die Kurse  
vielfach noch unter die Bantelpreise des 9. März 1901  
wurfen und Goldsätze bis 12 p.C. in Erscheinung  
treten ließen. Und es war kein Zufall, daß diese  
Krisis ihren Ausgangspunkt von den Eisenwerken  
nahm, daß gerade die leitenden Stahltrustaktien  
schwere Einbußen erfuhrn und daß weiter die Eisen-  
bahnen, deren Überschüsse stillzustehen und sogar  
zurückzugehen beginnen, die Wirkung des einmal  
erwarteten Misstrauens in erster Linie zu fühlen be-  
gannen. Vermehrt wurden die New-Yorker Schwierig-  
keiten noch dadurch, daß die europäischen Finanz-  
mächte vor Allem in Berlin und Paris, bei dem  
niedrigen heimischen Diskont und dem hohen Zins-  
satz in der Union enorme Vorschüsse (meist auf 60  
bis 90 Tage) auf amerikanische Effekten gewährt  
hatten, diese jedoch energisch zurückzogen, sowie das  
Kartenzimmer der Spekulation zu wanken anfing. Bis  
zum Jahresende mit seinen starken Ansprüchen an  
alle Geldinstitute durfte sich dieser Prozeß noch fort-  
setzen, und darum erregt der amerikanische Wetter-  
winkel im Augenblick verdoppelte Aufmerksamkeit.

Diese neue Beunruhigung trifft zusammen mit  
immer schlimmeren Nachrichten aus England. Dieses war zwar von der aufsteigenden Konjunktur  
durchaus nicht verschont geblieben; aber wie es sich  
im Aufschwung weniger überstürzt hatte als etwa  
Deutschland, so war der Absturz auch weniger heftig.  
In den letzten Wochen und Monaten scheint sich das  
Bild rasch verdüstert zu haben; der Notstand und  
die Arbeitslosigkeit füllten die Spalten der Presse  
mehr denn je. Am 12. Dezember entwarf Herr Hardie  
in einem offenen Schreiben eine grelle Schilderung  
der Zerrüttung des Arbeitsmarktes: Mindestens eine  
halbe Million der Lohnarbeiter Großbritanniens  
dürften unfreiwillig außer Stellung sein. Im West-  
Ham-Bezirk Londons seien die Themse-Eisenwerke  
und die Ostbahn-Werftstätten typisch für die Beschäfti-  
gung der gelehrten Arbeiter. Der erwähnte Betrieb  
habe noch vor einem Jahre 4000 Männer beim  
Schiffbau beschäftigt, heute sei die Zahl noch unter

1000 herabgegangen. In den Great Eastern Rail-  
way-Werken in Stratford seien Tausende entlassen  
worden; ähnlich jenseits der Themse im Woolwich-  
Arsenal. „Bei der statistischen Aufnahme, die für  
einen Theil der südlichen Hälfte des West Ham-  
Bezirkes veranstaltet wurde, fand man in 20 263  
aufgesuchten Häusern 5382 Männer arbeitslos.  
Davon waren 3602 Familienhäupter und hatten  
7870 Kinder zu ernähren. In diesem Distrikt machen  
daher die Stellenlosen 25 p.C. der Lohnarbeiter aus.  
In den Dockdistrikten mögen jetzt 13 000 Personen  
ständig außer Arbeit sein“. Lehnsich groß sei der  
Notstand im Nordosten Englands, in Newcastle,  
Darlington, Stockton, Shields. Nicht anders sei es  
in Birmingham, Bristol, Cardiff, Swansea, Caerphilly  
im Westen. Die „Labour Gazette“ stellt gleichfalls  
für November eine gegen das Vorjahr (und den  
Durchschnitt der letzten 10 Jahre) größere Arbeits-  
losigkeit fest: im Vorjahr waren von den berichteten  
Trade Unions 3,8 p.C., im 10jährigen Durch-  
schnitt 4,6 p.C., in diesem Jahre 4,8 p.C. der Mil-  
gliederstellenlos, wobei in diesem Jahre besonders  
das Eisen- und Stahlgewerbe und der Schiffsbau  
um so tiefer und zäher in allen Gliedern fest und  
sie hat an internationaler Ausbreitung zweifellos in  
den letzten Monaten gewonnen.

Auch die übliche „Times“-Jahresübersicht über den  
Pauperismus in London konstatiert soeben, daß die  
rückläufige Strömung bereits einen bedenklichen  
Umfang erreicht hat“. In der zweiten Dezember-  
woche seien 113 869 Almosenempfänger vorhanden  
gewesen, gegen 107 589 im Jahre 1901 und 103 184  
im Jahre 1900. Allerdings sucht das Blatt die,  
gegen frühere Jahrzehnte wesentlich veränderte Praxis  
der Armenverwaltung für das Anschwellen der  
Bitten verantwortlich zu machen; doch trifft alles  
das auf das Nachsthum der letzten Jahre in keinem  
Falle zu. Hier können nur die verschlechterten Lebens-  
verhältnisse die treibende Kraft gewesen sein. Auch  
Massenmeetings von Arbeitslosen werden bereits ab-  
gehalten, um die öffentlichen Körperschaften an ihre  
Pflichten zu mahnen.

Die europäische Krisis — allerdings nicht nur  
die der Industrie und der Industrie-Arbeiterschaft —  
spiegelt sich auch in der amerikanischen Einwanderungs-  
und Auswanderungs-Statistik wieder. Der Zusatz der Ein-  
wanderer aus europäischen Ländern hat im dritten  
Quartal 1902 „außergewöhnlich große Dimensionen  
angenommen“ und selbst die große Einwanderung  
in der gleichen Periode des Jahres 1901 noch be-  
trächtlich übertroffen. Die Gesamtzahl der im  
dritten Quartal des Jahres 1902 in den Vereinigten  
Staaten gelandeten Einwanderer betrug 154 559,  
hiervon 96 850 männlichen und 57 709 weiblichen  
Geschlechts, gegen 110 448, darunter 68 802 männlichen  
und 41 641 weiblichen Geschlechts in der  
gleichen Periode des Jahres 1901.

In Deutschland selber ist der Zustand der  
Konjunktur etwa noch der gleiche wie vor einem  
Jahre. In den Montanindustrien, im Kohlen- und  
Erzbergbau, im Hütten- und Eisengewerbe hat sich  
sogar die Lage noch ganz wesentlich verschlechtert  
und sie würde noch viel schlimmer sein, wenn nicht  
der Bedarf der Vereinigten Staaten und der französischen  
Bergarbeiterstreik ganz vorübergehend eine  
Erleichterung geschaffen hätten, mit der sonst nicht  
zu rechnen gewesen wäre. Dafür mag man auf die  
andere Seite der Rechnung setzen, daß manche Textil-  
branchen sich weiter gut halten und daß die Bau-  
tätigkeit des Jahres 1902 günstiger dasteht, als die  
des Jahres 1901. Doch was will das besagen, da  
1901 ein kritisches Jahr erster Ordnung war, gegen  
das eine Verschlechterung kaum noch denkbar war?

An der Hand des Materials des Statistischen  
Reichsamtes hat Direktor Max Gottschall vom Deut-  
schen Kreditoren-Berband soeben die Verlustziffern  
aus den deutschen Konkursen im Jahre 1901  
herauszurechnen gefügt. Obwohl nur ein kleiner  
Theil der ökonomischen Zusammenbrüche und Ver-  
luste in wirklichen Konkursen zum Ausdruck kommt,  
sind die Bitten doch ganz exorbitante. Nach Gottschall  
war das Jahr 1901 eines der trübseligsten seit einer  
Reihe von Jahren, denn die Zahl der effektiv eröff-  
neten Konkurse hat sich um 1707 Fälle seit dem Vor-  
jahr erhöht. Der tatsächliche Verlust hat sich um  
29 824 918 Mk. gesteigert und die kolossale Summe  
von 175 689 886 Mk. erreicht. Hierin sind aber die  
Verluste der Leipziger Bank und der Treiber-Gesell-  
schaft in Kassel nicht einbezogen. Es wurden Kon-  
kurse effektiv eröffnet in 1901 9419 (gegen 7712 im  
Vorjahr), beendet wurden 7490 (gegen 6292). Die  
Summe aller angemeldeten Forderungen war  
224 499 886 Mk. (gegen 188 078 289). Die The-  
lungsmasse betrug 59 452 525 Mk. (gegen 52 695 257),  
die gesamten Kosten belasten sich auf 9 871 624 Mk.  
(gegen 9 467 704). Es sind, wie erwähnt, Forderungen  
effektiv ausgefallen in Deutschland 175 689 886 Mk.  
(146 364 418 Mk.), davon in Preußen 54 532 742 Mk.  
(77 688 274). Die größte Summe der Verluste  
hatten aufzuweisen das Königreich Sachsen  
(+ 6 128 108 Mk.), die Provinz Schleswig-Holstein  
(+ 5 892 249 Mk.), Schlesien (+ 2 819 812 Mk.).

